

Entwurf Haushaltsrede Bürgermeister Dieter Dzewas für die Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid am 29.09.2014 , 17:00 Uhr Sitzungssaal des Rathauses  
- e s g i l t d a s g e s p r o c h e n e W o r t -

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Entwicklung im Jahr 2014 hat im Gegensatz zu manchen anderen Kommunen bei uns keine Entspannung der Haushaltssituation erbracht. Bei den Planzahlen des HSK ergeben sich durchaus negative Abweichungen, die Anlass zur Sorge geben. Bei unserer wichtigsten Steuer, der Gewerbesteuer, liegen wir fast im Plan. Auch bei den anderen wichtigen Steuerarten gab es keine wesentlichen Überraschungen. Auf der Kostenseite waren allerdings bei den Personalkosten, vor allem durch die Tarifsteigerungen verursacht, und bei den Kosten für ausländische Flüchtlinge schon aktuell erhebliche Kostensteigerungen mit Wirkung auch für 2015 zu verzeichnen. Wie passt dies nun wiederum mit den allerorten verkündeten verbesserten Daten aller öffentlichen Haushalte, insbesondere mit der geplanten schwarzen Null für Bundeshaushalt 2015 zusammen. Dazu möchte ich eine Veröffentlichung der kommunalen Spitzenverbände aus dem Sommer dieses Jahres zitieren: "Die kommunalen Spitzenverbände prognostizierten für die Jahre 2014 bis 2017 einen Überschuss für die Gesamtheit der kommunalen Kernhaushalte in der Größenordnung von 1 bis 2 Milliarden €. Bisherige Erwartungen mussten dabei deutlich nach unten korrigiert werden. Eine Vielzahl von Kommunen bleibt weit davon entfernt, aus eigener Kraft einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können." Das bedeutet, dass ein Plus des Gesamthaushalts aller Kommunen nichts an der Tatsache ändert, dass bei zahlreichen Kommunen wie in Lüdenscheid erhebliche Haushaltsdefizite auch für die kommenden Jahre fortbestehen. So mussten wir in Lüdenscheid im Durchschnitt des bisherigen Jahres 2014 knapp 41 Millionen Euro Kassenkredit in Anspruch nehmen. Das war leider keine Ausnahme in der kommunalen Welt. So stellt der Städtetag dazu fest: "Trotz der Sonderprogramme mit Entschuldungshilfen in einigen Ländern ist ein bundesweiter Rückgang der Kassenkredite nicht zu verzeichnen. Die allgemeinen kommunalen Finanzprobleme sind in Bund und Land seit Jahren bekannt."

Immerhin gibt es hier nun erstmalig Bewegung in die richtige Richtung zur Entlastung der Kommunen. So hat das Land NRW mit einigen Einnahmeverbesserungen für die Städte und Gemeinden ab 2012 sowie dem Stärkungspakt für die von Überschuldung bedrohten Städte einiges von dem kompensiert, was die Regierung Rüttgers vorher den NRW Kommunen entzogen hat. Und der Koalitionsvertrag der großen Koalition in Berlin von 2013 hat immerhin einen Abschnitt, der sich mit der Entlastung der Kommunen beschäftigt. Allerdings lässt die Umsetzung dieser Ankündigung bisher zu wünschen übrig. Lediglich 1 Milliarde € Soforthilfe ab 2015 ist bei weitem nicht das, was wir von der Bundesregierung erwarten. Was nutzt den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt die schwarze Null des Herrn Schäuble für den Bundeshaushalt 2015, wenn er hier bei uns vor Ort augenfällig sehen und als Verkehrsteilnehmer auch spüren kann, wo es an Investitionskraft fehlt. Mich befremdet es schon sehr, dass bei der Mautdiskussion so getan wird, als ob die Autos nur Bundes- oder Landesstraßen benutzen. Aber all diese Verkehre starten und enden immer bei uns in den Städten und Gemeinden. Für die Gesamtmobilität in unserem Land ist das

kommunale Straßennetz unverzichtbar. Warum wird also bei dieser dringend notwendigen gesellschaftlichen Debatte die kommunale Ebene so konsequent ignoriert?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

neben der stabilen Entwicklung der Gewerbesteuer ist auch die positive Entwicklung unseres Anteiles an der bei Lohn- und Einkommenssteuer ein deutlicher Hinweis auf eine gedeihliche Wirtschaftsentwicklung. Auch die positiven Zahlen vom Arbeitsmarkt bestätigen diese Einschätzung auch wenn, wegen der verschiedenen Krisen in der Welt die Konjunktur zur Zeit eher stagniert.

In vielen heimischen Betrieben wird investiert und manche Erweiterung realisiert oder geplant. So Elektrotechnik Schulte, der fertiggestellte Neubau der Fa. Eibach beide mit hochinnovativem Energiekonzepten realisiert, die abgeschlossene bauliche Erweiterungen von Kämper in der Rahmede, aber auch geplante Expansionen wie bei Fa. Kreuzer am Freisenberg oder bei der Spedition Lixfeld am Römerweg oder bei Härtetechnik Hertwig sind ebenso gute Zeichen für den Wirtschaftsstandort Lüdenscheid wie die große Nachfrage nach Ausstellungsflächen bei der diesjährigen SWTAL in und um unsere Schützenhalle. An dieser Stelle einmal ein herzlicher Dank an Herrn Treu und sein Team für ihren tollen Einsatz.

Auch die Entscheidung der MVG die Betriebshalle am Wehberg komplett zu erneuern, stärkt die Rolle unserer Stadt als wirtschaftliches Zentrum.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

fehlende Fachkräfte sind inzwischen keine theoretische These für die Zukunft, sondern dieses Problem wird zunehmend zur Wachstumsbremse in unserer Stadt. Das gilt nicht nur für den nach wie vor unterrepräsentierten Bereich der akademisch ausgebildeten Fachleute, sondern auch für das Segment der dual ausgebildeten Facharbeiterinnen und Facharbeiter. Auch für die qualifizierten Handwerksberufe fehlt es am interessierten Nachwuchs. Nun zeigt sich, dass man in den vergangenen Jahren Chancen verpasst hat, den fachlichen Nachwuchs über den aktuellen Bedarf hinaus zu sichern. Wir als Stadtverwaltung haben uns an dieser Stelle nichts vorzuwerfen. Gemeinsam mit dem Rat haben wir uns, trotz der angespannten Haushaltslage, immer unserer Ausbildungsverantwortung gestellt und auch über den unmittelbar eigenen Bedarf hinaus, zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

stabile Beschäftigung und damit eine gute Binnennachfrage sind wichtige Grundlagen für einen lebendigen Handelsplatz. Lüdenscheid war und ist ein gefragter Einzelhandelsstandort.

So hat das undurchsichtige Taktieren von P&C dazu geführt, das die Drogerie Müller ihr Konzept jetzt auf der ehemaligen Wehmeyer Fläche im Stern Center realisiert, weil ihnen ein Auftritt in Lüdenscheid sehr wichtig war. Auch die mit einigen Verzögerungen realisierte Nachnutzung der ehemaligen C & A Immobilie am Rosengarten durch die Modekette Adler ist ein belebendes Element für unsere Einzelhandelslandschaft. Der beginnende Zusammenschluss der Händler am Knapp ist ebenfalls ein

guter Schritt zur Profilierung dieses Innenstadtbereiches, um hier weiterhin erfolgreichen Einzelhandel zu betreiben und zukünftig weitere Nutzungen erfolgreich zu etablieren. Einkauf als Erlebnis über den unmittelbaren Konsum von Waren hinaus, wird damit immer wichtiger. Dem sollen und müssen wir durch ein wirksames Stadtmarketing Rechnung tragen. Diesen Restrukturierungsprozess haben wir angestoßen und wollen ihn gemeinsam mit Ihnen aus der Kommunalpolitik durch die aktuellen Workshops fortsetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

die wichtigsten baulichen Schritte für die Denkfabrik sind in der unmittelbaren Realisierungsphase und der Modernisierungsprozess der Innenstadt entsprechend dem Zielkonzept 2000 weit fortgeschritten. Um hier zu einem sinnvollen und überzeugenden Abschluss zu kommen, ist das mit breiter Bürgerbeteiligung erarbeitete und von Fachbüros begleitete IHK für den Bereich Alt- und Oberstadt auf den Weg gebracht worden. Welche realen Fördermöglichkeiten sich daraus jetzt tatsächlich ergeben, werden die nächsten Wochen und Monate mit den entsprechenden Gesprächen bei der Bezirksregierung zeigen. Allen, die bei der Erarbeitung dieses überzeugenden Konzepts und an der Umsetzung in Antragsform mitgewirkt haben, von dieser Stelle aus noch einmal ein herzliches Dankeschön. Bei dem Zeitdruck und der knappen Personaldecke war das nur mit größtem Engagement und Mehrarbeit vieler Beteiligten in der Verwaltung zu stemmen. Aber die lebhaftige Beteiligung des Rates und vieler Bürgerinnen und Bürger, aber auch von Institutionen, Initiativen und Vereinen ist ein gutes Zeichen für das Interesse an einer lebendigen Weiterentwicklung dieses Teils unserer Innenstadt. Das damit verbundenen Investitionsvolumen mit dem entsprechenden städtischen Eigenanteil ist aber so hoch, dass viele andere, für die Stadtentwicklung wichtige Bereiche, dabei auf der Strecke bleiben könnten. Damit dies nicht geschieht und trotzdem der Weg der finanziellen Konsolidierung im Sinne des HSK nicht massiv gefährdet wird, müssen wir nach einer möglichen Bewilligung noch einmal sorgfältig jede einzelne Maßnahme in eine Prioritätenliste einordnen, was ist unverzichtbarer Kern des Konzepts, was ist dringend zu tun, was ist wünschenswert und was lediglich in die Kategorie "nice to have" einzuordnen.

Aber auch die Notwendigkeit für die solide Finanzierung des erforderlichen Eigenanteils so unpopuläre Maßnahmen wie Steuererhöhungen ohne ideologische Scheuklappen zu diskutieren und ggfs. zu beschließen, gehört dazu, wenn man nicht gleichzeitig in anderen Investitionsbereichen auf Null zurückfallen will. Ich denke dabei allein an unsere Gehwege und Straßen, aber auch so dringende Investitionen wie die für 2015 dankenswerter Weise durch die ZGW mit viel Kreativität und Mühe geplante, dringend erforderliche Dachsanierung bei der Sporthalle am BGL, um beispielhaft andere wichtige Investitionsfelder zu benennen.

Der Großteil der Lüdenscheider Bevölkerung lebt in unseren verschiedenen Stadtteilen, auch wenn es einen verstärkten Trend zum Wohnen in der Innenstadt gibt. Daher müssen wir auch finanziell in der Lage sein, hier die Lebens- und Wohnverhältnisse zu verbessern. Das dauert manchmal, um einmal beim Beispiel des Feuerwehrgerätehauses in Brügge zu bleiben, einige Jahre, auch die schrittweise Umsetzung unseres nach wie vor gültigen Spielplatzkonzeptes mit entsprechenden Planungs- Beteiligungs- und Umsetzungsschritten gehört in diese Kategorie. Am Ende

sind aber immer entsprechende investive Mittel erforderlich, um in unseren Stadtteilen die Verhältnisse zeitgemäß zu gestalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

In unseren wettbewerbsorientierten, verarbeitenden Gewerbebetrieben fallen permanent einfache, rationalisierungsanfällige Arbeitsplätze weg, während die Nachfrage nach höheren Qualifikationen kontinuierlich steigt. Viele der offenen Stellen betreffen den qualifizierten technischen Bereich, also hoch qualifizierte Facharbeiter, Techniker, Ingenieure.

Mit der Denkfabrik, den Weiterentwicklungen der verschiedenen wissenschaftlichen Institute, den neuen Möglichkeiten des EGC, durch Verkauf der Anteile des DIAL, setzen wir wichtige Akzente, um den Strukturwandel der Unternehmen zu unterstützen. Getragen von der Idee, die Berufsorientierung junger Menschen und auch ihre dauerhafte Weiterqualifizierung für die technikorientierten Bereiche unserer südwestfälischen Wirtschaft zu gewährleisten und noch viele Neue, gerade auch von außen, zu gewinnen, müssen wir diese Bewegung in Südwestfalen auch über den Förderzeitraum der Regionale 2013 hinaus, stützen und verstetigen. Angesichts der demografischen Herausforderungen in Südwestfalen, bleibt dies eine Daueraufgabe. Für unseren unmittelbaren Bereich haben wir gerade bei der 4. erfolgreichen Ausbildungsmesse im Kulturhaus erlebt, dass sowohl von Seiten der Anbieter von Ausbildungsplätzen, als auch von Seiten der Schulen das Interesse wächst, gemeinsam den Übergang Schule/Beruf erfolgreich zu gestalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Familien in unserer Stadt erwarten heute zurecht dauerhafte, qualitativ hochwertige und verlässliche Kinderbildungs- und -betreuungsangebote. Hier wollen und müssen wir weiter investieren. Nach der Realisierung der AWO Kita Kluser Schule stehen nun der Duisbergweg und das Projekt Jahnplatz auf der Agenda. Um also Familien erfolgreich zu unterstützen sind wir weiterhin auf massive Unterstützung von Land und Bund bei Investitions- und Betriebskosten von KITAS angewiesen. Familien erwarten aber auch, dass nach dem Tagesplatz in der KITA auch beim anschließenden Schulbesuch verlässliche Ganztagsangebote bestehen. Hier bin ich der Ratsmehrheit aus SPD, Grünen und FDP dankbar, dass beim quantitativen und bedarfsgerechten Ausbau der OGS ein Schwerpunkt gesetzt werden soll. Es gilt zunächst den Bedarf exakt zu ermitteln und dann die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Allerdings sind sowohl das Land NRW als auch der Bund dringend aufgefordert, die notwendigen Mittel für den weiteren qualitativen Verbesserungsprozess zur Verfügung zu stellen. Wir benötigen mehr echte Ganztagschulen und für die OGS vor allem verbesserte personelle Besetzungen. Man kann und darf es nicht den kaum noch leistungsfähigen kommunalen Kassen überlassen, die notwendige Verbesserungen zu herbei zu führen.

Bezüglich der inzwischen bewährten wichtigen Schulsozialarbeit erhoffe ich mir endlich eine schlüssige Antwort aus Düsseldorf. Die lapidare Auskunft, dass die Staatskanzlei mein Schreiben an das zuständige Ministerium von Guntram Schneider weitergeleitet hat, habe ich zum Anlass genommen, auch diesem Minister noch einmal die Dringlichkeit einer dauerhaften Lösung des Problems zu schildern. Antwort allerdings bis heute Fehlanzeige. Auch wenn sich für 2015 über den MK eine Lösung der

Finanzierungsprobleme für ein weiteres Jahr andeutet, müssen NRW und der Bund jetzt endlich Farbe bekennen und nicht weiter Interpretationsprobleme beim Koalitionsvertrag zu Lasten der betroffenen Schülerinnen und Schüler und ihrer Eltern austragen. Eine Verstetigung dieser wirksamen Hilfen für den Schulalltag ist dringend geboten, denn für eine Kommunalisierung nach dem Auslaufen der SGB II Förderung haben wir keinerlei finanziellen Spielraum. Dabei ist vor allem auch zu berücksichtigen, dass wir mit dem Lüdenscheider Konzept zur Unterstützung von Grundschulern weiter wirksame Unterstützung leisten, die wegen der sehr positiven Resonanz aus den beteiligten Schulen trotz schwieriger Haushaltslage als ausgesprochen sinnvoll anzusehen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

in unserer Schulentwicklung sorgen die Auswirkungen von Inklusion und Demografie weiter für Bewegung. Die Konnexitätsrelevanz des Themas Inklusion wird vom Land NRW nicht mehr bestritten. Wir werden die anfallenden Kosten exakt ermitteln und mit den aktuell zur Verfügung stehenden Pauschalen abgleichen. Denn das Land hat sich ja zu einem solchen Evaluierungsprozess bereit erklärt und sich für notwendige Korrekturen offen gezeigt. Durch gemeinsame Lösungen mit unseren Nachbarstädten tragen wir dafür Sorge, dass die tatsächliche Wahlfreiheit von Eltern für eine inklusive oder förderschulbasierte Erziehung der Kinder in der Region realisiert wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

im bereits eingangs erwähnten Koalitionsvertrag auf der Bundesebene ist ein ganz wesentlichen Beitrag zur finanziellen Entlastung für alle Kommunen durch ein eigenes Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinderungen zugesagt. Damit wird endlich der Tatsache Rechnung getragen, dass die Förderung von Menschen mit Behinderung keine kommunale, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Sehr enttäuscht bin ich aber gemeinsam mit vielen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern über das schleppende Tempo bei der Realisierung. Hier erwarten wir, ich hoffe wir alle über Parteigrenzen hinweg, zurecht, dass nicht die 1 Milliarde € Soforthilfe für 2015 zum Anlass genommen wird, die Hände in den Schoß zu legen sondern, die zugesagte Gesamtentlastung von 5 Milliarden € schleunigst umgesetzt wird. Wir benötigen die weiteren Entlastungswirkungen ab 2016.

Auch beim Erhalt der städtischen Strassen zur Sicherung der Mobilität in unserer Stadt wäre Hilfe aus Berlin wie zu Beginn bereits ausgeführt, dringend angesagt. Wir bekommen in jedem Frühjahr überdeutlich vor Augen geführt, wie sehr die bauliche Substanz unserer Strassen gelitten hat. Umso wichtiger wäre hier zusätzliches Geld, um sowohl zu sanieren als auch die Strassen so zu unterhalten, dass ein weiterer massiver Substanzverlust vermieden werden kann. Dass wir für den Haushalt 2015 hierfür jetzt 600000 € bereit stellen wollen, ist die absolut notwendige Konsequenz. Allerdings müsste dies für die Folgejahre verstetigt werden und dazu ist unbedingt Hilfe von Bund und Land erforderlich. Sonst müssen allein unsere Lüdenscheider Bürgerinnen und Bürger diese Mobilitätskosten tragen, obwohl eine gute Mobilität dem ganzen Land zu gute kommt. Unsere städtischen Möglichkeiten bestehen nur darin, entsprechende Mittel durch weitere Leistungskürzungen an anderer Stelle zu kompensieren oder über zusätzliche Einnahmen durch Erhöhungen von Steuern und Abgaben für die Erhaltung der Mobilität in unserer Stadt zu sorgen.

Forderungen nach weiterer Unterstützung durch Bund und Land sind nur dann glaubwürdig einfordern, wenn wir unsere eigenen Hausaufgaben im Sinne des HSK machen.

Deshalb bleiben uns schwierige Entscheidungen auch in Zukunft nicht erspart. Es ist leicht und sicher auch populär, verschärften Personalabbau im Rathaus zu fordern und immer mal wieder anzumahnen, aber wenn es dann um die Konsequenzen wie z. B. schlechteren Service, verlängerte Bearbeitungszeiten - z.B. bei Baugenehmigungen – oder unerfüllbare Wünsche bei dem Wunsch nach schnellstmöglicher Beantwortung zahlreicher Anfragen von Seiten von Rats- und/oder Ausschussmitgliedern Unverständnis zu zeigen. Aber Personalabbau ohne spürbare Folgen, das funktioniert nicht mehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

das Jahr 2015 wird in vielerlei Hinsicht ein spannendes Jahr. Wir werden sehen, ob der positive Zuwanderungstrend in die Stadt wie in den letzten zweieinhalb Jahren anhält und sich damit der Bevölkerungsverlust weiter verlangsamt. Konkret beinhalten die Zahlen für 2014 bis Ende August sogar bei einem Minus von 139 bei der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und einem positiven Wanderungssaldo von 237 ein Gesamtplus von 98 Einwohnerinnen und Einwohnern zum Stichtag 31.08.2014.

Wir werden sehen, wie es auf der Grundlage des IHK zur Entwicklung von Alt- und Oberstadt weiter geht und ob wir uns auf die Zusagen im Koalitionsvertrag aus Berlin bezüglich weiterer kommunaler Entlastungen auch wirklich verlassen können.

Gemeinsam sollten wir das Jahr 2015 nutzen, unsere Stadt positiv voran zu bringen und deshalb auch diese Haushaltsplanberatungen in einer konstruktiven Art und Weise gestalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Mein besonders herzlicher Dank geht an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bei der Aufstellung des Haushaltsplanes mitgewirkt haben, insbesondere natürlich an unseren Kämmerer Herrn Dr. Blasweiler und Herrn Haarhaus mit ihrem Team.

Mit diesem Dank möchte ich schließen und mich bei ihnen herzlich für ihre Geduld und Aufmerksamkeit bedanken.